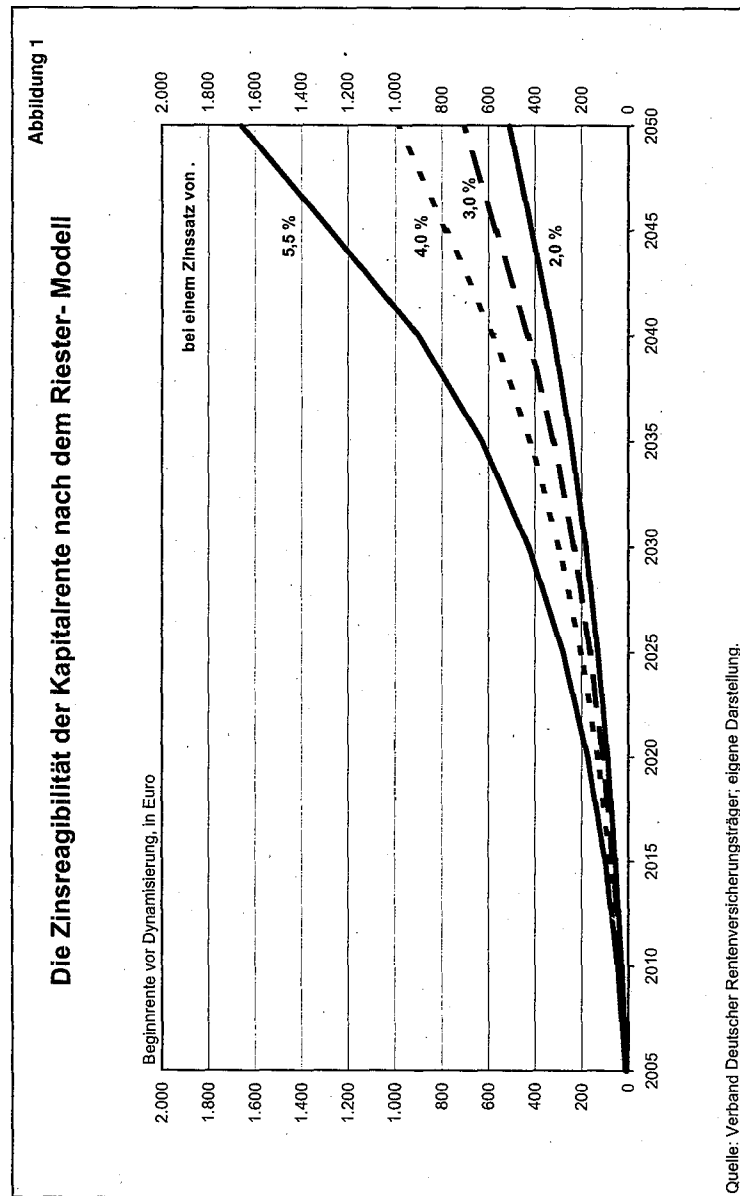




Die Akzeptanz der Rentenversicherung – gibt es einen „Generationenkonflikt“?

Von Dr. Ursula Dallinger, Jena

1. Einleitung

Dieser Beitrag beschäftigt sich mit der Akzeptanz der Rentenversicherung in der Bevölkerung. Er analysiert die in den letzten Jahren unter dem Schlagwort des „Generationenkonfliktes“ problematisierte Zustimmung der Bevölkerung zur staatlichen Rentenversicherung bzw. zum „Generationenvertrag“ im Rahmen der Forschung zur Akzeptanz wohlfahrtsstaatlicher Systeme. Diese Forschungsrichtung in Soziologie und Politikwissenschaften untersucht die grundsätzliche Frage, inwiefern sozialstaatliche Institutionen auf Zustimmung in der Bevölkerung treffen und warum. Der oft affektiv aufgeladen geführte Diskurs um „Generationengerechtigkeit“ oder einen Konflikt um die Verteilung sozialstaatlicher Ressourcen lässt sich so in die Frage nach der Akzeptanz eines spezifischen sozialen Sicherungssystems transformieren. Wenn die der These des „Generationenkonfliktes“ implizite Annahme, dass heute insbesondere Altersgruppen in einem Interessengegensatz stehen, zutrifft, dann müssten die Akzeptanzurteile vor allem vom Alter von Personen bestimmt sein.

In den meisten europäischen Staaten führte und führt die demographische Entwicklung zu einer Welle öffentlicher Bedenken über deren Folgewirkungen auf die Sozialen Sicherungssysteme. Zum einen ist von „Steuerungsproblemen“ die Rede; es wird diskutiert, mit welchen organisatorischen Mitteln die durch den Altersstrukturwandel ebenso wie durch die Arbeitsmarktentwicklung bedingten Finanzierungsprobleme der staatlichen Rentenversicherung gelöst werden könnten. Zum anderen wird befürchtet, dass die Akzeptanz der Rentenversicherung in der Bevölkerung angesichts der wachsenden finanziellen Belastung durch Beiträge und Steuern zurück gehe. Insbesondere die Zustimmung zum sogenannten „Generationenvertrag“, dem Umlageverfahren, wird in den Medien und der Politik als gefährdet thematisiert, weil dieses einseitig die Älteren begünstigt und die Folgen der Verschiebung in der Altersstruktur der bundesdeutschen Bevölkerung für die Finanzierung der Alterssicherung voll an die (jüngeren) Erwerbstätigen weitergebe. Aufgrund dessen sei es die jüngere Bevölkerung, die den „Generationenvertrag“ kritisch sehe. Gegenüber den im öffentlichen Diskurs aufgeworfenen Akzeptanzproblemen wenden aber Sozialwissenschaftler ein, dass auf der Grundlage empirischer Daten in der Bevölkerung ein hohes Ausmaß an Akzeptanz der Rentenversicherung nachweisbar sei.¹⁾ Dieses differiere auch kaum nach Altersgruppen, so dass die Annahme eines „Generationenkonfliktes“ zurückgewiesen werden könne.

¹⁾ Vgl. Kohli 1994: 64; Krüger 1996: 15 f.; genauere Daten siehe Kap. 3.

Allerdings sollte man sich die dieser Aussage zugrunde liegenden Daten genauer anschauen. Das soll in diesem Beitrag geschehen. Eine unserer Ausgangsthese ist, dass das Auseinanderklaffen der Urteile von Öffentlichkeit und Wissenschaft mit der schlechten Eignung der üblicherweise verwendeten Daten zur Beschreibung der Akzeptanz der Rentenversicherung zu tun hat. Es soll gezeigt werden, dass diese Datengrundlage eine nicht sehr zuverlässige Basis für Aussagen zur Akzeptanz der Organisation ‚Rentenversicherung‘ darstellt. Daher soll anhand von anderen Items zur Akzeptanz gefragt werden, in welchem Umfang die Rentenversicherung akzeptiert wird und ob diese Einstellungen gegenüber der Rentenversicherung überhaupt vom Alter der urteilenden Person geprägt sind. Daher gilt es zu überprüfen, inwieweit es das Alter oder aber andere soziale Merkmale von Befragten sind, die das Ausmaß an Akzeptanz erklären. Prägt das Alter stärker als andere Faktoren, in welchem Maße die gesetzliche Rentenversicherung akzeptiert wird? Mit einem Vergleich soll die in der Debatte um einen Generationenkonflikt verengte Perspektive auf das Alter als dem einzigen Einflussfaktor vermieden werden.

Eine Analyse von Einstellungen gegenüber der Rentenversicherung hinsichtlich des Einflusses, den das Alter ausübt, kann zumindest einen Aspekt der populären These des ‚Generationenkonfliktes‘ – die in der Querschnittsbetrachtung sich zeigenden Konflikte zwischen Altersgruppen um die durch sozialstaatliche Organisationen gelenkte Mittelallokation – prüfen. Wenn, wie mit der These mangelnder Generationengerechtigkeit angenommen wird, jüngere Menschen sich durch sozialstaatliche Organisationen und insbesondere durch die Funktionsweise der Rentenversicherung benachteiligt wahrnehmen, dann ist zu erwarten, dass die Einstellungen gegenüber der Rentenversicherung deutlich mit dem Alter variieren und jüngere Menschen negativere Urteile fällen. In der Debatte um ‚Generationengerechtigkeit‘ (vgl. Preston 1984; Thomson 1990; 1992) geht es nicht nur um Konflikte zwischen Altersgruppen um die Gestaltung des Sozialstaats und die (unbeabsichtigte) ungleiche Behandlung der Altersgruppen durch sozialstaatliche Programme. Vor allem David Thomsons Diagnose mangelnder Gerechtigkeit zwischen den Generationen bezog sich darüber hinaus auf die Benachteiligung einer Generation über deren gesamten Lebensverlauf hinweg. Dieser zweite, im Längsschnitt feststellbare Aspekt der objektiven Benachteiligung einer Generation kann in diesem Aufsatz nur ansatzweise behandelt werden, da hier Einstellungsdaten zur subjektiven Wahrnehmung eines sozialen Sicherungssystems verwendet werden, die zudem einen kürzeren Zeitraum abbilden.

Das Papier ist so aufgebaut, dass zunächst (2.) knapp die wichtigsten theoretischen Argumente der Alterssoziologie bezüglich der Akzeptanz der Rentenversicherung und die von der Akzeptanzforschung diskutierten Erklärungen der Akzeptanz des sozialen Sicherungssystems bzw. des Sozialstaats dargestellt werden. Damit lässt sich die Annahme von insbesondere bei Jüngeren bestehenden Akzeptanzdefiziten in einen breiteren Rahmen an sozialen Faktoren einordnen, die außerdem einen Einfluss auf das Ausmaß der Zustimmung haben dürften. In einem weiteren Schritt (3.) zeige ich, weshalb die in den meisten Arbeiten zum Generationenkonflikt oder zur Akzeptanz der Rentenversicherung zugrunde gelegten Daten aus dem International

Social Survey Programme (ISSP) sich nicht für Aussagen über einen Generationenkonflikt eignen. Anhand von alternativen Indikatoren für Akzeptanz – der Einschätzung der *eigenen Absicherung* im Alter aus dem Wohlfahrtssurvey 1998 (4.1) und dem *Vertrauen* in die Rentenversicherung aus dem Allbus 1994 (4.2) – wird dann geprüft, inwiefern die Beurteilung der Rentenversicherung vom Alter oder aber von anderen sozialen Merkmalen geprägt wird. Dabei wird die unter der Überschrift „Generationengerechtigkeit“ postulierte *soziale Spaltung* zwischen den Alten und den Jungen im Rahmen anderer möglicher Einflussfaktoren betrachtet. Abschließend werden die Ergebnisse diskutiert (4.3) und zusammen mit den Desiderata künftiger Forschung zum Generationenverhältnis bzw. zur Akzeptanz der Rentenversicherung zusammengefasst (5).

2. Theoretische Überlegungen

Das Problem der „Generationengerechtigkeit“ oder eines drohenden „Generationenkonfliktes“ wurde u. a. durch Analysen aufgeworfen, die zeigen, dass sich die materielle Lage der Älteren seit Ende des II. Weltkrieges deutlich verbessert, die der Kinder jedoch verschlechtert habe. Begründet wird diese Entwicklung mit dem Ausbau sozialstaatlicher Programme, die einseitig Ältere zu Lasten anderer Bevölkerungsgruppen absicherten (vgl. Preston 1984, Thomson 1990, 1992). Aus der durch sozialstaatliche Strukturen verursachten Umverteilung an Ressourcen zu den Älteren wird gefolgert, dass diese Ungerechtigkeit erzeugenden sozialstaatlichen Institutionen zunehmend weniger Zustimmung erhielten. Lediglich Ältere als die begünstigte Gruppe hielten an ihnen fest. Demgegenüber betont die Altersforschung, dass die Zustimmung zur gesetzlichen Rentenversicherung in der Bevölkerung quer durch die Altersgruppen erstaunlich hoch sei und verweist dazu überwiegend auf die aus dem ISSP verfügbaren Daten (Diese werden in Kapitel 3.1 genauer dargestellt).²⁾ Da ca. 55% der Bürger meinten, für Renten und Pensionen solle etwas oder sogar sehr viel mehr ausgegeben werden, und weitere 42% sie stabil halten wollten, wird auf eine umfangreiche Akzeptanz des „Generationenvertrages“ geschlossen (auf der Grundlage von Daten für 1990, vgl. Kohli 1994).

Dieses hohe Ausmaß an Akzeptanz wird mit der schon Ende der 80er Jahre von Martin Kohli (1989) vertretenen These erklärt, wonach eine *Moralökonomie* die Grundlage der „bürokratisierten Umverteilungsmaschinerie der Rentenversicherung“ sei. Aufgrund der „Moralökonomie“ sei der Zugang zu sozialstaatlichen Gütern durch Kriterien der Gerechtigkeit oder der Fairness geregelt. Er versteht diese einerseits als gemeinsam geteilte, grundlegende moralische Selbstverständlichkeiten. Andererseits ist von einem System *reziproker Beziehungen* die Rede, das die soziale Grundlage auch der sozialstaatlichen Verteilung zwischen den Generationen sei. Neuerdings wird die hohe Zustimmung zur Alterssicherung³⁾ mit einer *Ver-*

²⁾ Die Debatte um Generationengerechtigkeit wurde auch als ideologischer Verschleierversuch der liberalen wohlfahrtsstaatlichen Politik, die den Umfang an staatlicher Alterssicherung herunterfahren wolle, kritisiert (Walker 1993, 1996). Diese Analyse braucht hier nicht weiter verfolgt zu werden, da es hier um Einstellungen der Bevölkerung geht.

³⁾ Die Feststellung ‚hoher Akzeptanz‘ ist aber stets kritisch zu sehen, wie Kap. 3 noch zeigen wird.

schränkung des intergenerationellen Austauschs in Familien und des durch den Sozialstaat organisierten Austauschs zwischen Generationen erklärt. Im Rahmen eines quasi ‚zirkulären Ressourcenaustausches‘ wird die von alten Eltern an die erwachsenen Kinder fließende materielle Unterstützung als eine Art Ausgleich für deren Beitragszahlungen an die Rentenversicherung interpretiert. Zudem befreie das staatliche Rentensystem die Kinder von der finanziellen Unterstützung der alten Eltern und deren Funktion könne sich auf die emotionale Beziehung konzentrieren, während durch die staatliche Rentenversicherung und das Umlageverfahren zugleich ein quasi kollektiver Ressourcenfluss an die Älteren organisiert werde (vgl. Attias-Donfut 1995; Kohli 1999; Kohli et. al. 1999; Attias-Donfut/Arber 2000; Attias-Donfut/Wolff 2000). Beide Wechselverhältnisse unterstützten die Akzeptanz des wohlfahrtsstaatlichen Generationenvertrages der Rentenversicherung. Andere Erklärungen für die hohe Akzeptanz der sozialen Rentenversicherung beziehen sich auf in der Familie sozialisierte Werte: diese vermittele den Wert der Unterstützung und der Achtung Älterer. Der in der Familie erfahrbare Wert der Achtung Älterer werde dann auch auf die Ebene des Generationenvertrages übertragen (vgl. Kaufmann 1986; Bengtson/Schütze 1992).

Ob Akzeptanz tatsächlich durch eine Moralökonomie, durch zirkuläre Austauschprozesse oder durch Werte der Achtung älterer Menschen positiv beeinflusst wird, ist empirisch offen. Auch konzeptionell sollte man im Auge behalten, dass Einflussfaktoren wie familiäre Reziprozität oder Normen der Unterstützung alter Eltern lediglich spezifische Ansätze unter *anderen Erklärungsmöglichkeiten* für die Akzeptanz der sozialstaatlichen Alterssicherung bieten. Diese wurden in der Altersforschung bislang nicht reflektiert. Ein solch breiteres Spektrum an Erklärungsansätzen für das in Frage stehende Problem, wie die Bereitschaft der Bevölkerung zur Rentenversicherung beizutragen, erklärt werden kann, bietet die Forschung zur Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates.

Diese geht davon aus, dass einerseits rationale *Eigeninteressen* und andererseits *Wertvorstellungen* beeinflussen, in welchem Maße sozialstaatliche Systeme wie die Rentenversicherung akzeptiert werden. *Interessen* bildeten sich durch bestimmte Soziallagen aus, die in der Regel über sozio-demographische Merkmale von Personen abgeleitet werden.⁴⁾ Auch das Alter bedeutet solch eine soziale Lage, in der sich Interessen entwickeln. Folglich ergebe sich die Befürwortung der Rentenversicherung aus der im Alter erwarteten, eigenen Unterstützungsbedürftigkeit, die jedoch bei bestimmten sozialen Gruppen besonders hoch sei. Bei bereits Älteren und Personen mit niedrigem Bildungs- und Berufsstatus wird ein relativ höheres Interesse an der staatlichen Sicherung vermutet, weil diese Gruppen zu privater Eigensicherung weniger in der Lage seien. Auch ein vermuteter „Generationenkonflikt“ unterstellt im Grunde, dass Interessen wirken: Ältere hätten ein hohes Interesse an ihrer finanziellen Sicherung und wiesen daher ein hohes Maß an Akzeptanz auf, während Jüngere aufgrund ihres Interesses an geringen Beiträgen eher zu einer kritischen Sicht der Rentenversicherung neigen würden. Ein auf unterschiedlichen In-

⁴⁾ Siehe etwa Taylor-Gooby 19.

teressen von Altersgruppen beruhender „Generationenkonflikt“ könnte allerdings auch als ein *Interessenantagonismus* zwischen der *Versorgungsklasse* der Rentner und der *Erwerbsklasse* der beitragsfinanzierenden Erwerbstätigen interpretiert werden (vgl. Lepsius 1979; Wilensky 1975).⁵⁾

Die oben angesprochenen *Wertorientierungen* als Faktoren, die beeinflussen, in welchem Maße die soziale Rentenversicherung Zustimmung erhält, werden meist nur mit sehr mangelhaften Indikatoren erfasst. Lediglich die Parteiunterstützung bzw. die politische Orientierung oder die materialistische bzw. postmaterialistische Einstellung werden als Werthaltungen berücksichtigt. Da eigens erhobene Daten fehlen, muss auf die in Bevölkerungssurveys standardmäßig enthaltenen Items zu Wertorientierungen zurückgegriffen werden, obwohl sich das Ausmaß an Akzeptanz mit diesen beiden Konstrukten nur schlecht erklären ließ (vgl. Roller 1992; Pettersen 1995). Auch diese Analyse zum Einfluss des Alters auf die Akzeptanz im Vergleich mit anderen Merkmalen von Befragten muss sich primär auf die Items zur Soziodemographie und zur sozialen Lage beschränken, obwohl zahlreiche theoretische Argumente und empirische Resultate auf die Relevanz von Werten und Deutungsmustern verweisen.

Eine niederländische Studie zur Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates kam zu dem Ergebnis, dass *solidarische Persönlichkeitsmerkmale* stärker als andere Faktoren wie die Eigeninteressen, das Bildungsniveau und die politischen Präferenzen beeinflussen, ob dem Sozialstaat Zustimmung gegeben wird oder nicht (vgl. van Oorschoot 1999). In der bundesdeutschen Akzeptanzforschung entwickelte sich ein Ansatz, der kulturelle Werte wie Reziprozität und soziale Deutungsmuster als die soziale Grundlage des sozialen Sicherungssystems versteht. Bislang wurden Einstellungen gegenüber der Krankenversicherung oder der Arbeitslosenversicherung mittels einer qualitativen Forschungsstrategie analysiert (vgl. Offe 1987; Hinrichs 1997; Ullrich 1996/1999;). Karl Hinrichs (1997) spricht von einer ‚Kultur der Solidarität‘ als der Akzeptanzgrundlage der Rentenversicherung. Zu den Werthaltungen, die das Ausmaß der Akzeptanz gegenüber der Rentenversicherung erklären, gehört weiter Kohli's Begriff der ‚Moralökonomie‘, denn er zielt ja u. a. auf die Gültigkeit von normativen Regeln wie Reziprozität (Kohli 1989: 536). Für Kaufmann (1986, 1993) hängt die Akzeptanz in der Bevölkerung davon ab, ob ein Sicherungssystem mit den legitimen Prinzipien des Wohlfahrtsstaates übereinstimmt, also etwa mit dem zentralen Prinzip der *Gerechtigkeit* der Verteilung. Personen, die ihre Position in der Verteilung wohlfahrtsstaatlicher Güter als ungerecht einstufen, dürften daher auch die Rentenversicherung weniger akzeptieren. Eine kulturelle Determinante, die die Einschätzung sozialer Sicherungssysteme entscheidend beeinflussen dürfte, aber nur selten in empirische Studien Eingang fand, ist weiter das Bild vom „*moralischen Verdienst*“ bzw. der *deservingness* der Zielgruppe.⁶⁾ Die (Hilfe-)Würdigkeit oder das Verdienst der Älteren, Renten zu erhalten, war bislang kaum in Frage gestellt.

⁵⁾ Dies entspräche der aus der Sozialstrukturanalyse stammenden These von im modernen Wohlfahrtsstaat primär zwischen den von sozialstaatlichen Leistungen Privilegierten und den Erwerbstätigen, den Finanziers dieser Leistungen, entstehenden Verteilungskonflikten.

⁶⁾ Eine solche Ausnahme ist die US-amerikanische Studie von Cook und Barrett (1992).

Schließlich handele es sich um eine Versicherung, in die „alle einbezahlt haben“, so das Legitimation schaffende Bild. Und: die gesetzliche Altersgrenze und nicht eigenes Verschulden erzeugt schließlich den Bedarf der Rentner. Allerdings dürfte die öffentliche Debatte der letzten Jahre um „gierige Greise“ doch Auswirkungen haben und die „deservingness“ Älterer doch nicht mehr so homogen positiv wie einst eingeschätzt werden.

Es ist letztlich eine empirisch zu beantwortende Frage, ob nun die Interessen bestimmter Altersgruppen die Akzeptanz und Einstellungen gegenüber der Rentenversicherung so stark variieren lassen, dass es gerechtfertigt ist, von einem „Generationenkonflikt“ zu sprechen. Die verfügbaren Daten aus Bevölkerungssurveys reichen aber in keiner Weise aus, um die theoretisch zu berücksichtigenden Einflussfaktoren systematisch prüfen zu können. Im Abschnitt zur Erklärung der Akzeptanzurteile (4) kann es daher nur darum gehen, die nach dem Generationenkonflikt zentrale Rolle des Alters der Befragten für die Akzeptanz der Rentenversicherung mit einigen anderen verfügbaren erklärenden Variablen zu vergleichen. Zuvor jedoch muss der in vielen Arbeiten zum Erfassen der Akzeptanz einzelner sozialstaatlicher Sicherungssysteme verwendete Indikator genauer beleuchtet und seine Verwendung für Analysen der Einstellungen zur staatlichen Rentenversicherung kritisiert werden.

3. Indikator für Akzeptanz: Einstellungen gegenüber staatlichen Ausgaben

Aussagen zur Akzeptanz der Rentenversicherung oder zur Krise des „Generationenvertrages“ in Deutschland beruhen meist auf Daten des ISSP (*International Social Survey Programme*), das in den Jahren mit dem Schwerpunkt „Role of Government“ Items zur Messung der Einstellungen gegenüber den einzelnen sozialen Sicherungssystemen und damit auch gegenüber der staatlichen Alterssicherung enthält (zuletzt für 1996 verfügbar). Das sind Fragen nach der Zustimmung zu *Ausgaben* des Staates bzw. der Regierung für einzelne Sicherungssysteme. Auf der Basis der Daten zu dieser Frage kommen Sozialforscher zu dem Ergebnis einer wenig bis überhaupt nicht eingeschränkten Befürwortung der Rentenversicherung und weisen die Bedenken wegen eines schwindenden Konsens in der Bevölkerung über den „Generationenvertrag“ zurück.⁷⁾ Man sollte allerdings sowohl die Interpretation der Daten als auch das Item hinsichtlich seiner Eignung, Zustimmung zu einer spezifischen Institution zu erfassen, genauer reflektieren. Zu diesem Zweck wird das Akzeptanzniveau speziell gegenüber der Rentenversicherung mit dem gegenüber einer anderen Sozialversicherung, der Arbeitslosenversicherung, verglichen (siehe Tab. 1). Um die Probleme bei der Verwendung des Indikators „Ausgabenpräferenzen für Renten und Pensionen“ deutlich zu machen, wurden neben den Ergebnissen für Deutschland noch die zu zwei anderen europäischen Ländern einbezogen.

⁷⁾ Siehe Literatur FN 1 und weiter Roller 1992.

Tabelle 1: Einstellung zu Ausgaben für Renten und Pensionen sowie für die Arbeitslosenversicherung in Deutschland und anderen europäischen Ländern, 1996.

(Angaben in Prozent)	Deutschland-West	Deutschland-Ost	Großbritannien	Schweden
Renten und Pensionen				
Viel mehr/mehr ausgeben	45	59	80	57
Ungefähr das Gleiche ausgeben	51	38	19	40
Weniger/viel weniger ausgeben ¹⁾	6	2	1	2
N	2219	1054	957	1155
Arbeitslosenversicherung				
Viel mehr/mehr ausgeben	29	56	35	43
Ungefähr das Gleiche ausgeben	53	39	44	43
Weniger/viel weniger ausgeben ¹⁾	18	5	21	15
N	2274	1083	962	1169

Quelle: International Social Survey Programme 1996; eigene Berechnung

Frageform: „Bitte gebe Sie nun für folgende Bereiche an, ob die Regierung dafür weniger oder mehr Geld ausgeben sollte. Bedenken Sie dabei, dass sehr viel höhere Ausgaben auch höhere Steuern erfordern.“

Anmerkung:

¹⁾ Die Kategorien „viel weniger“ und „weniger ausgeben“ wurden zusammengefasst. Die Prozentwerte der Antworten für „viel weniger“ sind in allen Ländern sehr klein; in Deutschland betrug er zum Beispiel 0,3%.

In den alten Bundesländern votiert die Hälfte und damit die größte Gruppe der Befragten für den *Erhalt* des Ausgabenniveaus für Renten und Pensionen, in den neuen Bundesländern hingegen ist die größte Gruppe mit knapp 60 Prozent der Befragten jene, die eine *Ausweitung* der Ausgaben wünschen. Präferenzen für eine Ausgabenkürzung werden selten geäußert. Diese Antwortverteilung mit einem Schwerpunkt bei der Beibehaltung des Status quo im Westen und einer Expansion der Ausgaben für die Alterssicherung im Osten werden in der Regel als gegebene Akzeptanz interpretiert. Ein Vergleich mit den Antworten bezüglich der Ausgabenpräferenzen für die Arbeitslosenversicherung untermauert eine „relative Beliebtheit“ der Rentenversicherung in der Bevölkerung. Denn gegenüber der Arbeitslosenversicherung wird sehr viel öfter geäußert, dass die Ausgaben dafür sogar zurückgenommen werden sollten. Unter den Ostdeutschen wird hingegen die relative Beliebtheit der Alterssicherung im Kontrast zu anderen Systemen nicht ganz so deutlich, da sich angesichts der Arbeitsmarktsituation keine Präferenz für eine Ausgabenreduzierung im Bereich der Arbeitslosenversicherung ausbildet.⁸⁾ Die Ergebnisse zu Großbritannien oder Schweden reproduzieren aber ebenfalls das Muster des verbreiteten

⁸⁾ Zusammen mit der Krankenversicherung erzielen die staatlichen Ausgaben für Alterssicherung auch im internationalen Vergleich stets die höheren Anteile an Zustimmung, dagegen überwiegen gegenüber der Arbeitslosenabsicherung oder Fürsorgesystemen die Wünsche der Ausgabenkonstanz oder Kürzung.

Wunsches nach Ausgabenstabilität oder gar -steigerung für Alterssicherung. In diesen Ländern schlagen sogar die Ausgabenpräferenzen noch viel eindeutiger als in Westdeutschland in die Richtung der Mehrausgaben aus. Im Vergleich mit dem noch höheren Niveau anderer Länder wird deutlich, dass in Westdeutschland die Mehrheit „nur“ *Ausgabenstabilität* befürwortet. So müsste man doch zur Schlussfolgerung kommen, dass eher in den beiden anderen europäischen Ländern eine hohe Akzeptanz besteht, während in Deutschland lediglich der Status quo befürwortet wird.

Der Vergleich mit den Ergebnissen der beiden anderen Länder zeigt weiter, dass das nach der Unterstützung für weniger oder mehr staatliche Ausgaben fragende Item Interpretationsschwierigkeiten bereitet. Es ist fraglich, ob an der Tatsache, dass eine Mehrheit höhere Ausgaben für Renten und Pensionen wünscht, bereits eine hohe Akzeptanz des Alterssicherungssystems abgelesen werden kann. Wenn 80% der Befragten in Großbritannien eine Ausweitung staatlicher Ausgaben wollen, dann könnte dies ebenso gut als Unzufriedenheit mit einem unterfinanzierten System der staatlichen Alterssicherung interpretiert werden.⁹⁾ Der Wunsch nach Mehrausgaben für einen sozialpolitischen Aufgabenbereich (hier die Alterssicherung) kann also auch Kritik und Unzufriedenheit mit dem erreichten Niveau der Ausgaben bedeuten. Im Unklaren belässt uns dieses Item im Grunde auch hinsichtlich der Frage, ob nun die Einstellung gegenüber der *staatlichen Zuständigkeit* im Bereich der Alterssicherung oder gegenüber der spezifischen *Organisation* „Rentenversicherung“ gemessen wird. Beide Aspekte dürften sich vermischen.

Diese Kritik an der Verwendung des klassischen Items der Akzeptanzforschung zum Ermitteln einer etwa erodierenden Zustimmung zur Rentenversicherung oder – wie es oft umschrieben wird – zum öffentlichen „Generationenvertrag“ lässt sich mit Items, die detaillierter andere institutionelle Dimensionen der sozialen Alterssicherung messen, erhärten. Wird nach den präferierten *Mitteln* der Rentensanierung gefragt, dann geben die Bundesbürger *Leistungskürzungen* mehr Zustimmung als Beitragsanhebungen. Dies widerspricht dem Bild der Zustimmung zur Ausweitung staatlicher Ausgaben für Renten und Pensionen (vgl. BMA 1983: 38; Alber 1986: 51 f.). Aus einer älteren Befragung stammt ein Item, das die Beurteilung der Rentenversicherung im Hinblick auf die *soziale Gerechtigkeit* erfasst. Das Ergebnis – ein relativ hoher Anteil der Befragten (41%) stuft das Rentensystem wegen des Prinzips der Einkommensabhängigkeit der Rente als ungerecht ein (vgl. BMA 1979: 67) – zeigt, dass eine einzelne, *normative* Beurteilungsdimension ein von der allgemeinen Akzeptanz abweichendes Bild ergibt. Ein hoher Umfang an kritischen Äußerungen gegenüber einzelnen Prinzipien der Rentenversicherung ist also möglich, obwohl die Ausgaben zur staatlichen Alterssicherung positiv beurteilt werden.

Auf der Basis des Items aus dem ISSP wurde auch argumentiert, dass es keinen „Generationenkonflikt“ um eine „ungerechte“ Verteilungswirkung der gesetzlichen Rentenversicherung gebe und Jüngere in ebenso hohem Maße wie Ältere Ausgaben für

⁹⁾ Dass das Plädieren für Mehrausgaben ebenso zu lesen ist als Wunsch nach Reform eines mangelhaften Systems wie als hohe Akzeptanz legen auch die bei Kohli (1997: 287) präsentierten Zahlen nahe. Hohe Unterstützung für Ausgaben für Renten findet sich vor allem in jenen Staaten, in denen soziale Sicherung noch wenig ausgebaut ist.

Renten und Pensionen unterstützen (vgl. Kohli 1994; Krüger 1996). In der Tat weisen in Westdeutschland die Präferenzen hinsichtlich der staatlichen Ausgaben zur Alterssicherung eine Verteilung auf Altersgruppen auf, die kaum auf Konflikte oder deutliche Einstellungsunterschiede zwischen den Altersgruppen schließen lässt (siehe Tab. 2). Dass lediglich in Westdeutschland diese Differenzen so gering sind, während in Ostdeutschland und in Großbritannien die Unterstützung von Mehrausgaben für die Alterssicherung stärker zwischen jüngeren und älteren Altersgruppen differiert, unterstreicht noch den hierzulande fehlenden Interessendissens zwischen Alten und Jungen. Das Ergebnis nur geringer Altersdivergenzen wird aber auch vor dem Hintergrund meiner Kritik an der Messung von Akzeptanz der Rentenversicherung bzw. der Verwendung eines Items, das eher die Einstellung zur *staatlichen Aufgabe* „Absicherung im Alter“ erfasst, plausibel. Offensichtlich besteht bezüglich der staatlichen Aufgabe „Alterssicherung“ weitgehender Konsens über die Altersgruppen hinweg (vgl. Mau 1998). Ob es diesen auch bezüglich der konkreten Organisation der gesetzlichen Rentenversicherung gibt, kann aus den Daten nicht geschlossen werden. Nach der These eines „Generationenkonfliktes“ sind aber bestimmte institutionelle Formen der Alterssicherung in der Kritik und dürften dann vermutlich von Jüngeren weniger Unterstützung erfahren. Im Folgenden sollen daher Items analysiert werden, die sich stärker auf die Einstellungen und die Akzeptanz gegenüber der konkreten Institution beziehen.

Tabelle 2: Befürworten von Mehrausgaben für Renten und Pensionen nach Alter in Deutschland und anderen europäischen Ländern, 1996

	20-29 Jahre	30-39 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60+ Jahre	gesamt	N	Pearsons r
Deutschland-West	46,1	41,4	39,8	44,1	48,8	44,2	2268	.079**
Deutschland-Ost	55,4	50,2	56,7	60,1	74,2	60,4	1085	.231**
Schweden	45,7	55,3	54,3	58,3	67,0	57,1	1155	.175**
Großbritannien	67,6	78,8	81,2	79,8	86,9	80,0	965	.227**

Quelle: ISSP 1996; eigene Berechnungen. Angaben in Prozent für die zusammengefassten Kategorien „mehr“ und „sehr viel mehr ausgeben.“

4. Alternative Indikatoren der Akzeptanz

Die Ausgangsfrage, ob – wie implizit mit der Debatte um „Generationengerechtigkeit“ angenommen wird – die Akzeptanz der Rentenversicherung heute zentral vom Alter der befragten Person abhängt, oder ob nicht andere Einflussfaktoren diese Einstellungen zum staatlichen Generationenverhältnis viel maßgeblicher prägen, wird nun mit Indikatoren fortgesetzt, die ebenfalls als Operationalisierung der Akzeptanz der Rentenversicherung gelten können. Das ist zum einen die *Einschätzung der eigenen finanziellen Sicherung* im (zukünftigen) Alter und zum anderen das Vertrauen in die Institution „Rentenversicherung“. Während die Frage nach der Zu-

stimmung zu (Mehr-)Ausgaben des Staates für Renten, so meine These, eher auf die Einstellung gegenüber einer *staatlichen* Alterssicherung allgemein zielt, messen diese beiden Items die Wahrnehmung der Bürger der *spezifischen* Institution Rentenversicherung, dies jedoch unter unterschiedlichen Aspekten: Bei der Frage nach der Erwartung der eigenen finanziellen Absicherung im Alter geht es um die eigene Lage und damit um eine „utilitaristisch“ geprägte Einstellung. Hingegen zielt die Frage nach dem *Vertrauen* gegenüber der Rentenversicherung auf eine allgemeine, von der eigenen Lage unabhängige Einschätzung und ist damit ein Maß der allgemeinen Akzeptanz.

Zur Analyse der Erwartungen hinsichtlich der eigenen *finanziellen Sicherheit im Alter*¹⁰⁾ beziehe ich mich auf den Wohlfahrtssurvey von 1998. Dort wurde die folgende Frageformulierung verwendet: „Und was denken Sie, werden Sie in Zukunft im Alter gut, eher gut, eher schlecht oder schlecht gesichert sein.“ Da die Frage anschließt an die Aussage „Es gibt in Deutschland wieder Diskussionen über die Gestaltung der sozialen Sicherung“ und auch zuvor das Netz der sozialen Sicherung angesprochen wird, dürften sich die Antworten eindeutig auf die mit der gesetzlichen Rentenversicherung erzielte Sicherheit beziehen, und nicht etwa auf die durch eigenes Einkommen und Vermögen aufgebaute Sicherung. Das *Vertrauen* in diverse Institutionen Deutschlands, darunter die Rentenversicherung, wird im Allbus (zuletzt 1994) erfragt. Die Formulierung lautete: „Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen und Organisationen. Sagen Sie mir bitte bei jeder Einrichtung oder Organisation, wie groß das Vertrauen ist, das Sie ihr entgegenbringen.“ Beide Analysen erfolgen für West- und Ostdeutschland getrennt, da bekanntlich in beiden Teilen Deutschlands recht unterschiedliche Einstellungen gegenüber dem Sozialstaat bestehen (vgl. Gangl 1997; Roller 1997). Es wird nun neben bivariater Auswertung der Verteilung von Akzeptanzurteilen nach dem Alter mittels multivariater Verfahren die Bedeutung des Alters im Vergleich mit anderen Einflussfaktoren eingeschätzt.

4.1 Erwartungssicherheit: Bedingung eines intertemporal umverteilenden Alterssicherungssystems

Die erwartete, persönliche finanzielle Sicherung im Alter kann als Indikator der Akzeptanz der Rentenversicherung gelten. Denn um Akzeptanz zu erhalten, muss von einem Alterssicherungssystem erwartet werden können, dass es materielle Sicherheit vermittelt. Ein System, das auf dem Umlageverfahren basiert, bedarf ganz besonders des Vertrauens in seine Funktionsfähigkeit. Wegen der riskanten zeitlichen Struktur – Erwerbstätige zahlen gegenwärtig Beiträge, erhalten aber erst in der Zukunft die Gegenleistung – kann eine Bereitschaft zur Beteiligung an der Rentenversicherung durch Beiträge nur dann entstehen, wenn die Sicherheit künftiger Leistungen hoch ist.¹¹⁾ Dieser Aspekt kann als *Erwartungssicherheit* bezeichnet werden.

¹⁰⁾ Sie wurde auch im sozio-ökonomischen Panel, Schwerpunkt Soziale Sicherheit (Wellen 1987, 1992 und 1997) erhoben.

¹¹⁾ Der potentiell riskante, lange Zeitraum zwischen individuellen Vorleistungen (Beitrag) und dem Erhalt von „Gegenleistungen“ aus dem Rentensystem (Rente) kann – wie Hinrichs unterstreicht (1993: 7) – durch

Die Beurteilung der künftigen finanziellen Sicherung im Alter misst diese Erwartungssicherheit. Je besser die eigene künftige Sicherheit eingeschätzt wird, desto höher ist das Vertrauen in das gute Funktionieren der Rentenversicherung. Wenn jüngere Befragte eine geringere Sicherheit im Alter erwarten, dann dürfte auch deren Akzeptanz des Systems geringer sein.

Um nicht nur den Einfluss des Alters, sondern darüber hinaus auch den Einfluss weiterer Faktoren auf die Beurteilung der Absicherung im Alter prüfen und vergleichen zu können, wird in diesem Abschnitt das Verfahren der logistischen Regression verwendet (DeMaris 1992). Es ermöglicht multivariate Analysen für dichotome, abhängige Variablen. Dazu wurde die ursprüngliche Viererskala der Variable zur Einschätzung der eigenen Alterssicherung so dichotomisiert, dass 1 die Erwartung einer schlechten Absicherung bedeutet.

Hypothesen: Wenn die jüngeren, derzeit noch rentenfernen Jahrgänge hinsichtlich ihrer künftigen finanziellen Sicherheit durch die Rentenversicherung skeptisch sind, dann besteht zwischen dem Alter der Befragten und der erwarteten Absicherung im Alter ein negativer Zusammenhang. Allerdings dürfte die erwartete Sicherung im Alter in einem einkommensbezogenen Rentensystem maßgeblich mitbestimmt sein durch die eigene finanzielle und soziale Lage, da das Einkommen unmittelbar die Höhe der Beiträge und diese die Rentenhöhe prägt (zusammen mit anderen Faktoren wie die Dauer, mit der Beiträge gezahlt werden). Je höher das Einkommen, desto besser dürfte die Bewertung der eigenen Alterssicherung sein. Der Wohlfahrtssurvey bietet zum Erfassen der finanziellen Lage das Haushaltsnettoeinkommen, dessen Verwendung aber ca. 27% mehr an fehlenden Fällen bedeutet hätte. Daher wurde die finanzielle und soziale Lage lediglich durch die Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen, die selbst eingeschätzte, subjektive Schichtzugehörigkeit und die Einschätzung der künftigen wirtschaftlichen Lage (Lebensbedingungen in 5 Jahren) erfasst. Je höher die Schicht, der man sich zuordnet, je höher die Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen ist und je optimistischer die Beurteilung der künftigen wirtschaftlichen Lage ausfällt, desto besser ist auch die erwartete finanzielle Absicherung im Alter. Die Einschätzung der eigenen Absicherung im künftigen Alter wird vermutlich auch davon geprägt, wie zufrieden Bürger mit der sozialen Sicherung insgesamt sind und wie sehr sie der „Stabilität des Generationenvertrages“ vertrauen. Je höher die Zufriedenheit mit sozialer Sicherheit ausfällt, desto positiver ist auch die im Alter erwartete Absicherung. Die Wahrnehmung der Stabilität des Generationenvertrages lässt sich annäherungsweise mit der Frage erfassen, ob Konflikte zwischen Älteren und Jüngeren wahrgenommen werden. Je eher die Befragten glauben, dass es Konflikte zwischen den Altersgruppen gibt, desto schlechter werden sie ihre künftige Absicherung im Alter einschätzen. Das *Geschlecht* der Befragten wird hier lediglich als Kontrollfaktor betrachtet. Die in der Akzeptanzforschung häufig zur Erklärung einbezogene Variable „*Parteiorientierung*“ wird hier nicht verwendet, da bei 11% der Fälle fehlende Werte vorliegen und ein weiteres Drittel keine Parteipräferenzen hat.

die Metapher „Generationenvertrag“, aber auch durch kollektive Wissensmuster wie Solidarität überbrückt werden.

Ergebnisse: Zunächst soll mittels einer bivariaten Analyse die Verteilung der erwarteten Absicherung der Befragten in den neuen und alten Bundesländern nach dem Alter analysiert werden. Dies zeigt die Tendenz (siehe Tab. 3), dass die Einschätzung der eigenen Absicherung im künftigen Alter unter den Jüngeren besonders ungünstig ausfällt und dann in der mittleren Altersgruppe hin zur älteren Altersgruppe zunehmend positiver wird. Unter den Personen im Rentenalter (60+ Jahre alt) beurteilt eine Mehrheit ihre dann nicht mehr nur erwartete, sondern faktische Sicherung als befriedigend oder gut. Das Rentensystem vermag also bei der jüngeren und teils auch bei der mittleren Altersgruppe weniger Erwartungssicherheit im Hinblick auf die finanzielle Lage im Alter zu vermitteln. In den neuen Bundesländern findet sich die gleiche Struktur, lediglich auf einem durchgängig höheren Niveau der negativen Erwartungen. Insgesamt verweist die bivariate Tabellenanalyse auf einen bedeutsamen Einfluss des Alters auf die erwartete Absicherung im Alter.

Tabelle 3: Einschätzung der eigenen finanziellen Absicherung im Alter nach Altersgruppen

In %	20–29 Jahre	30–59 Jahre	60+ Jahre	Gesamt
Alte Bundesländer (N = 4280)				
Schlecht	19,6	11,1	1,5	9,9
Eher schlecht	49,9	38,9	19,3	35,6
Eher gut	22,9	36,1	50,3	37,7
Sehr gut	7,6	14,0	28,9	16,8
Zusammen	100 (629)	100 (2579)	100 (1072)	100 (4280)
Neue Bundesländer (N = 980)				
Schlecht	30,1	17,5	1,9	15,0
Eher schlecht	52,6	51,1	24,6	44,2
Eher gut	12,0	24,2	54,5	30,7
Sehr gut	5,3	7,2	18,9	10,1
Zusammen	100 (133)	100 (583)	100 (264)	100 (980)

Quelle: Wohlfahrtssurvey 1998. Fragetext: „Und was denken Sie, werden Sie in Zukunft im Alter gut, eher gut, eher schlecht oder schlecht gesichert sein.“

Somers d alte Bundesländer .33***, neue Bundesländer .41***; Chi-Quadrat (df = 6): alte Bundesländer 483,5***, neue Bundesländer 184,5***

Bleibt die relativ starke Bedeutung des Alters auch dann erhalten, wenn weitere, vermutlich einflussreiche Determinanten zur Erklärung der erwarteten Absiche-

rung berücksichtigt werden? Dazu werden die Ergebnisse einer logistischen Regression betrachtet, die Tabelle 4 ausweist. Modell 1 enthält nur den Effekt des Alters, Modell 2 die der anderen Einflussfaktoren. Die wiedergegebenen 'odds ratios' zeigen den Einfluss der erklärenden Variablen auf die abhängige Variable der erwarteten finanziellen Absicherung im Alter. Über eins liegende Werte lassen sich interpretieren als höhere Wahrscheinlichkeit der Erwartung einer schlechten Absicherung in der jeweiligen Gruppe im Vergleich zur Referenzgruppe (bei diskreten Variablen) oder durch den steigenden Wert einer (kontinuierlichen) Variablen. Werte kleiner als eins verweisen entsprechend auf eine kleinere Wahrscheinlichkeit, dass Personen mit dem jeweiligen Merkmal eine schlechte Absicherung erwarten.

Wie schon bivariat ersichtlich wurde, ist bei der jüngsten Altersgruppe die Wahrscheinlichkeit gegenüber den über 60-Jährigen vervielfacht, eine negative Erwartungshaltung im Hinblick auf die Alterssicherung zu haben. In höheren Altersgruppen geht die Wahrscheinlichkeit der schlechten Alterssicherung zurück, ob durch einen Lebenszykluseffekt (Alterung) oder durch einen Kohorteneffekt ist auf der Basis von Querschnittsdaten nicht zu entscheiden (siehe aber Exkurs). Gravierend klaffen insbesondere in Ostdeutschland die Erwartungen der Jüngeren und die Erfahrungen der Älteren mit der finanziellen Absicherung auseinander. Dennoch interpretieren die Akteure dies offensichtlich nicht als einen Generationenkonflikt; denn die Wahrnehmung von Konflikten zwischen Jung und Alt steht in Ostdeutschland in keinem signifikanten Zusammenhang mit der Einschätzung der eigenen künftigen Alterssicherung.

Deutlich steigt bei Angehörigen der Arbeiterschicht die Wahrscheinlichkeit, sich im Alter schlecht abgesichert einzustufen, gegenüber Personen, die sich der Oberschicht zuordnen, aber nur in Westdeutschland. Angehörige der Arbeiterschicht in Ostdeutschland schätzen sich keineswegs eher als die Oberschicht im Alter schlecht abgesichert ein. Die verbreitete Arbeitslosigkeit mit ihren negativen Folgen für kontinuierliche Versicherungsverläufe, die aber für eine gute Alterssicherung erforderlich sind, wirkt offensichtlich nivellierend quer durch die Schichten. Wie erwartet senkt die Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen und die positive Einschätzung der eigenen Lebensbedingungen in den nächsten Jahren die Wahrscheinlichkeit zu jenen zu gehören, die sich im Alter schlecht abgesichert fühlen. Weiter kann man sehen, dass sich Personen mit hoher Zufriedenheit mit dem sozialen Netz weniger wahrscheinlich als schlecht gesichert einstufen.

Von hoher Bedeutung ist offensichtlich die Wahrnehmung von Konflikten zwischen alter und junger Bevölkerung, allerdings *nur in Westdeutschland*: Befragte, die starke Konflikte wahrnehmen, schätzen sogar mit fünfmal so hoher Wahrscheinlichkeit ihre Absicherung als schlecht ein. In Ostdeutschland hingegen gab es keinen signifikanten Effekt der Wahrnehmung von Konflikten zwischen Alt und Jung. Auch der Einfluss des Geschlechtes weist diesen Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland auf: während sich Männer in Westdeutschland weniger wahrscheinlich im Alter schlecht gesichert sehen, sind die Ergebnisse für Ostdeutsche nicht signifikant. Die Geschlechtszugehörigkeit spielt hier also keine Rolle bei der Einschätzung der eigenen Alterssicherung. Dies wiederum dürfte mit dem höheren

Niveau der Erwerbstätigkeit ostdeutscher Frauen zusammenhängen, wodurch diese den Männern eher ähnliche Erwartungen ausbilden.

Tabelle 4: Logistische Regression der erwarteten finanziellen Sicherheit im Alter

(1 = schlechte Absicherung im Alter)	Alte Bundesländer		Neue Bundesländer	
	Modell 1 Exp (b) (n = 1700)	Modell 2 Exp (b) (n = 1673)	Modell 1 Exp (b) (n = 866)	Modell 2 Exp (b) (n = 845)
Alter (gruppiert, Referenz 60 Jahre +)				
20–29	8,47***	8,59***	14,83***	32,94***
30–39	5,73***	6,13***	9,38***	17,47***
40–49	4,10***	4,00***	5,63***	8,86***
50–59	2,21***	2,25***	4,53***	5,77***
Schicht: (Referenz obere Mittel-/Oberschicht)				
Arbeiter		2,30***		1,94
Mittelschicht		1,38**		1,56
Zufriedenheit mit Haushaltseinkommen (0 ganz und gar unzufrieden bis 10 ganz und gar zufrieden)		0,88***		0,81***
Lebensbedingungen in 5 Jahren (0 schlechter – 10 besser)		0,84***		0,68***
Zufriedenheit mit dem Netz sozialer Sicherung (0 ganz und gar unzufrieden bis 10 ganz und gar zufrieden)		0,78***		0,79***
Konflikte Jung-Alt (Referenz: keine Konflikte)				
eher schwache Konflikte		1,62***		0,98
ziemlich starke Konflikte		1,50***		1,54
starke Konflikte		5,47***		(2,83) ¹⁾
Geschlecht (0 weiblich/1 männlich)		0,77***		0,91
Nagelkerkes R ²	0,16	0,33	0,23	0,46
Chi ² (df)	480,5*** (4)	1072,0*** (13)	161,1*** (4)	365,3*** (13)

Quelle: WFS 1998, eigene Berechnung; Logistische Regressionsanalyse. In der Tabelle sind die odds ratios dargestellt. *p < 0,05; **p 0,01; ***p 0,001. ¹⁾ Dieses Ergebnis bezieht sich auf nur 30 Fälle.

Bereits wenn nur das Alter als Einflussfaktor in die Analyse einbezogen wird (Modell 1), ergibt sich ein höchst signifikanter Chi-Quadrat-Test und ein beträchtliches Maß an Bestimmtheit (R²). Das heißt, dass der Faktor „Alter“ bereits ganz wesentlich und eigenständig erklärt, ob die eigene Alterssicherung negativ eingeschätzt wird. Die Modellgüte bzw. die Erklärungskraft des empirischen Modells erhöht sich um das Doppelte, wenn erklärende Variablen, die den Einfluss der sozialen Lage und der generellen Zufriedenheit mit dem Sozialstaat auf die erwartete eigene Alterssicherung erfassen, berücksichtigt werden (Modell 2). Zusätzlich haben die soziale Lage wie auch die Beurteilung des Sozialen Netzes und der Konflikthaftigkeit der Alt-Jung-Beziehung einen etwa gleich starken Einfluss darauf, ob die eigene Alterssicherung als schlecht eingeschätzt wird. Das Alter ist also ein soziales Merkmal, das maßgeblich Einstellungen gegenüber der staatlichen Alterssicherung prägt. Wenn nun Personen vor dem Rentenalter eine eher schlechte Absicherung erwarten, dann dürfte folglich auch die Akzeptanz gegenüber der Rentenversicherung gering sein, da diese dann ihre Funktion, die Absicherung im Alter, nicht erfüllt.

Exkurs

Die anhand von Querschnittsdaten gefundene eher pessimistische Erwartung hinsichtlich der eigenen Absicherung im Alter bei den jüngeren Altersgruppen lässt sich bei einer Betrachtung im Längsschnitt noch genauer analysieren. So könnte man argumentieren, dass die bei jüngeren, rentenfernen Jahrgängen gefundene, deutlich negative Erwartungshaltung bezüglich der Absicherung im Alter revidiert wird und sich im Zuge eines „Alterungseffektes“ in eine eher positive wandelt. Die in der Debatte um „Generationengerechtigkeit“ mitschwingende Annahme einer Kluft zwischen Alt und Jung, durch die sich die Jüngeren als besonders schlecht abgesichert und aufgrund dessen eher als „Verlierer“ des Rentensystems sehen, würde dann an Relevanz verlieren. Die Frage nach der Stabilität von Altersgruppendifferenzen oder deren Nivellierung durch das Altern einer Kohorte lässt sich mit Längsschnittdaten und durch einen Vergleich der Antwortverteilungen bei der erwarteten finanziellen Sicherung zu verschiedenen Zeitpunkten analysieren. Mit den im Folgenden verwendeten Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP)¹²⁾, das ebenfalls die erwartete Sicherheit im Alter in bestimmten Wellen abfragt, ist dies in Ansätzen möglich. Denn es liegen Daten für die Jahre 1987, 1992 und 1997 vor, die Befragten sind also zwischen den Befragungszeitpunkten um 10 Jahre „gealtert“ (siehe Tab. 5). Das ist natürlich ein zu kurzer Zeitraum, um zu testen, ob eine in den jüngeren Jahren eher negative Einschätzung der eigenen Absicherung im Alter im Lebenszyklus einer positiveren Sicht weicht. Aber zumindest ist ein Einstieg in diese Frage möglich. Dagegen lässt sich mit den Daten eine zeitliche Veränderung der Erwartungssicherheit, die die Rentenversicherung zu erzeugen vermag, gut zeigen.

¹²⁾ Das SOEP ist eine Wiederholungsbefragung, die seit 1984 repräsentativ für die (alte) Bundesrepublik bei rund 12 000 Personen bzw. 6 000 Haushalten durchgeführt wird. Im Jahre 1990 wurde die Umfrage auf das Gebiet der damaligen Noch-DDR ausgeweitet.

Tabelle 5: Einschätzung der eigenen finanziellen Absicherung im Alter 1987 und 1997

In %	20–29 Jahre	30–39 Jahre	40–49 Jahre	50–59 Jahre	60+ Jahre	Gesamt
1987						
Sehr gut	4,3	6,1	6,0	3,9	6,5	5,4
Gut	26,1	33,1	35,6	37,7	43,9	35,2
Befried.	34,0	32,4	35,5	36,0	31,5	33,8
Weniger gut	17,9	16,6	14,0	13,6	12,3	14,9
Schlecht	17,7	11,9	8,9	8,8	5,7	10,6
Gesamt	100	100	100	100	100	100
N	1613	1743	1749	1461	1637	8203
1997 (nur alte Bundesländer)						
Sehr gut	2,3	1,3	2,6	2,3	2,8	2,2
Gut	14,6	16,1	17,9	24,8	30,9	20,7
Befried.	26,3	29,8	33,3	35,0	40,8	33,0
Weniger gut	29,0	29,6	27,4	24,6	19,0	26,0
Schlecht	27,8	23,2	18,8	13,4	6,5	18,0
Gesamt	100	100	100	100	100	100
N	1469	2074	1506	1318	1740	8107

SOEP, Wellen 1987 und 1997. Alle Angaben in Prozent.

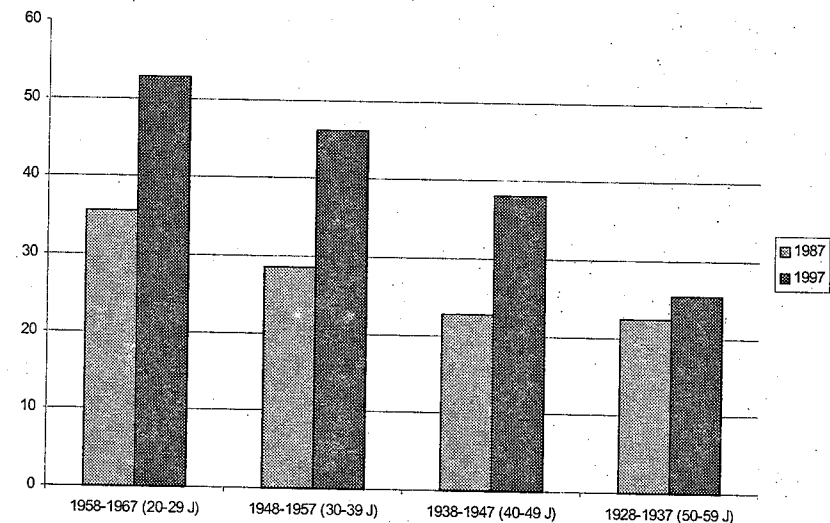
Fragestext: „Das soziale Sicherungssystem der Bundesrepublik ist unterteilt in verschiedene Zweige: Gesundheit, Arbeitslosenversicherung und Rentenversicherung. Das soziale Sicherungssystem soll Notfälle absichern und die Alten versorgen: Wie schätzen Sie ihre finanzielle Sicherheit ein in den folgenden Situationen? – im Alter (bei Krankheit etc.)“.

Ein Vergleich der Antwortverteilung zu beiden Zeitpunkten (siehe Tab. 5) macht deutlich, dass sich in *allen* Altersstufen, bzw. in *allen* Kohorten die Einschätzung der Absicherungsqualität im Alter hin zu den negativeren verschoben hat. Zwischen dem Ende der 80er und der 90er Jahren verschlechterte sich generell die Wahrnehmung der eigenen Alterssicherung. Dieses Ergebnis ist vor dem Hintergrund einer seit Anfang der 90er Jahre verstärkt geführten Debatte um die Probleme der Rentenversicherung plausibel. Es liegt also ein deutlicher „Zeiteffekt“ vor. Ein „Alterungseffekt“ in Form der sukzessiven Verbesserung der Einschätzung mit dem Älterwerden hätte aber zu positiveren Einschätzungen der jeweiligen Kohorten führen müssen. Durch den Zeiteffekt werden aber die Einschätzungen der Absicherung im Alter negativer, ein Alterungseffekt wird dagegen nicht sichtbar.

Eine Betrachtung der Veränderung bei einzelnen Kohorten lässt deutlich werden (siehe Abb. 1), dass ältere Alterskohorten von einem weniger schlechten Ausgangsniveau aus starten und zehn Jahre später trotz der generell negativer gewordenen Einschätzung gegenüber der Rentenversicherung in Bezug auf ihre Leistung Al-

tersicherung auch auf einem immer noch günstigeren Niveau der Erwartung hinsichtlich ihrer Alterssicherung landen. Die Veränderung, die sich bei einzelnen Kohorten von 1987 bis 1997 vollzieht, ist ähnlich, abgesehen von der Gruppe der im Jahre 1987 50–59-jährigen Kohorte, die dann über die nächsten 10 Jahre in das Rentenalter hinein wuchs. Auch lagen 1987 die Erwartungen der einzelnen Kohorten noch nicht so weit auseinander, wie sie es dann 1997 waren. Die Einschätzung der Sicherungsleistung der Rentenversicherung beginnt also in den 90er Jahren zunehmend zwischen den Kohorten zu divergieren.

Abbildung 1: Erwartung einer schlechten Absicherung im Alter einzelner Kohorten zwischen 1987 und 1997



Quelle: SOEP, Wellen 1987 und 1997. Die Antwortkategorien „weniger gut“ und „schlecht“ aus Tabelle 5 wurden zusammengefasst. Das in Klammern angegebene Alter bezieht sich auf 1987.

4.2 Institutionenvertrauen

Ein weiterer Indikator, der eine Annäherung an die Akzeptanz der Rentenversicherung erlaubt, ist das *Institutionenvertrauen*. Denn wenn einer Institution Vertrauen entgegen gebracht wird, dürfte sie auch Akzeptanz erhalten. Das Vertrauen in verschiedene Institutionen Deutschlands wird im Allbus, zuletzt 2000, erhoben (zuvor 1994 und 1984). Dieses Item bezieht sich wie das zuvor konkret auf die Rentenversicherung, erfordert aber eine Einschätzung ohne Bezug zur persönlichen Sicherung, misst also allgemeine Akzeptanz. Zunächst soll gefragt werden, ob das Vertrauen der Jüngeren in die soziale Rentenversicherung geringer ist. Anschließend wird die Bedeutung des Alters im Vergleich mit anderen Faktoren, die das Ausmaß des Vertrauens in die Institution Rentenversicherung beeinflussen, analysiert. Da es sich um einen anderen Datensatz handelt, können nur annähernd die gleichen Einflussfaktoren (unabhängigen Variablen) wie zuvor analysiert werden.

Hypothesen: Nach der im Rahmen der „Generationengerechtigkeitsdebatte“ vermuteten Bevorzugung der heute Älteren durch die gegenwärtige Organisation der Rentenversicherung sollte das Vertrauen in diese unter den Älteren wachsen. Allerdings wäre doch zu prüfen, ob nicht die soziale Schicht- oder Klassenzugehörigkeit die nach wie vor wichtigeren Faktoren sind, die die Einstellungen gegenüber der Rentenversicherung bestimmen, denen gegenüber das im Diskurs um Generationenkonflikte allein betrachtete Alter zurücksteht. Denn klassische Ansätze zur Krise des Wohlfahrtsstaats wie auch die empirische Akzeptanzforschung benennen soziale Lagen und daraus entstehende Interessen als Ursache unterschiedlich hoher Akzeptanz (vgl. Taylor-Gooby 1985; Norden 1986/87; Pettersen 1995). Bezüglich der hier verwendeten Indikatoren zur sozialen Lage – das sind das Goldthorp-Klassenschema, die Wirtschaftslage der Befragten und die subjektive Schichteinstufung – wird vermutet, dass eine schlechte wirtschaftliche Lage und die Zugehörigkeit zu einer niedrigeren Schicht das Vertrauen in die Rentenversicherung mindern. Weiter müssten spezifische Berufsgruppen des Goldthorp-Klassenschemas ein geringeres Vertrauen in die Rentenversicherung aufweisen: die obere Dienstklasse, die Selbständigen und Landwirte. Wenn die These des akut gewordenen Generationenkonfliktes zutrifft, müssten die Items zur sozialen Lage einen schwächeren Einfluss haben als das Alter. Denn inzwischen, so die Hypothese, ist nicht mehr die ökonomische Situation bzw. die soziale Lage für das Vertrauen in die Rentenversicherung entscheidend, sondern das Alter und eng damit verbunden die Position in einem Generationengefüge. Die politische Orientierung ist ein in der Akzeptanzforschung oft als Indikator für grundsätzliche Einstellungen gegenüber dem Sozialstaat verwendetes Item. Je eher sich Befragte „links“ einstufen, desto eher dürften sie eine staatliche soziale Absicherung präferieren. Im Zusammenhang mit dem hier betrachteten Vertrauen in die Rentenversicherung lässt sich aber keine inhaltlich sinnvolle Hypothese formulieren. Daher werden die politische Orientierung und das Geschlecht als Kontrollvariablen mitgeführt.

Tabelle 6: Vertrauen in die Rentenversicherung 2000

Alter	Mittelwert	Standardabweichung	Eher geringes Vertrauen, in % ¹⁾	eher großes Vertrauen, in % ¹⁾	N
20–29	3,23	1,49	56,3	23,1	199
30–39	3,31	1,61	53,8	24,2	290
40–49	3,40	1,53	51,3	25,9	281
50–59	3,91	1,49	35,6	36,4	233
60+	4,46	1,58	17,9	55,4	415
Gesamt	3,75	1,63	43,1	35,6	1418

Quelle: Allbus 2000; eigene Berechnung. $F = 37,403^{***}$

Fragestext: „Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen und Organisationen. Sagen Sie mir bitte bei jeder Einrichtung oder Organisation, wie groß das Vertrauen ist, das Sie ihr entgegenbringen.“ Antwortskala von 1, gar kein Vertrauen, bis 7, großes Vertrauen.

1) Es wurden die Werte von 1 bis 3 zu „eher geringes Vertrauen“, die Werte 5–7 zu „eher großes Vertrauen“ zusammengefasst. Die Extrempositionen sind jeweils nur gering besetzt. Der in der Tabelle nicht angegebene Wert 4 der Skala steht für unentschieden bzw. weder/noch und kann aus den beiden angegebenen Kategorien ermittelt werden.

Ergebnisse: Das der Rentenversicherung entgegengebrachte Vertrauen liegt im Bevölkerungsdurchschnitt bei einem Mittelwert von 3,75 Punkten auf einer 7er Skala, also unter der Skalenmitte im leicht negativen Bereich. Wie Tabelle 6 mit den Mittelwerten in einzelnen Altersgruppen zeigt, weisen jüngere Altersgruppen ein geringeres Vertrauen in die Rentenversicherung auf als höhere Altersgruppen. Insbesondere ab dem fünften Lebensjahrzehnt geht die Einschätzung von einer zuvor leicht negativen Haltung zu einer leicht positiven über. Der Unterschied der Varianz ist hoch signifikant. Der zunächst anhand der Mittelwerte ausgedrückte Sachverhalt lässt sich auch anhand der in der Tabelle dargestellten prozentualen Verteilung der Antworten nachvollziehen.

Auch in einer multivariaten Analyse unter Einbezug von Einflussfaktoren, die sich in Untersuchungen zur Akzeptanz sozialer Sicherung bereits als einflussreich erwiesen haben, bleibt das Alter der wichtigste Faktor zur Erklärung des Institutionenvertrauens (siehe Tab. 7). Die Unterteilung des Einflussfaktors Alter in Altersgruppen (Dummy-Variable) macht deutlich, dass Alter nicht stetig wirkt: bei jüngeren Menschen vor dem 5. Lebensjahrzehnt ist das Vertrauen in die Rentenversicherung gleichermaßen reduziert im Vergleich zu den über 60-Jährigen. Dagegen ist das Vertrauensdefizit unter rentennahen Jahrgängen (50–59 Jahre) nur gering. Auch sticht die Altersgruppe im dritten Lebensjahrzehnt in den neuen Bundesländern mit einem im Vergleich zu den Rentnern deutlich geringeren Institutionenvertrauen hervor. Von den Indikatoren der sozialen Lage erreichen nur wenige ein signifikantes Niveau. Das ist zum einen die eigene wirtschaftliche Lage, die dennoch wesentlich weniger als das Alter das Vertrauen in die Rentenversicherung prägt. Entgegen der Erwartung wird mit der eigenen wirtschaftlichen Lage das Vertrauen in die Rentenversicherung etwas größer. Die objektive (mit dem Goldthorp-Klassenschema erfasste) wie auch die subjektive soziale Schichtzugehörigkeit ist abgesehen vom erwartbar negativen Effekt bei den Selbständigen (lediglich bei Ostdeutschen) wenig relevant. Auch der positive Effekt der Geschlechtsvariable ist vergleichsweise schwach.

Tabelle 7: OLS-Regression auf das Vertrauen in die Rentenversicherung

	Alte Bundesländer (N = 633)	Neue Bundesländer (N = 410)
Alter (in Jahren, Referenz Alter 60+)		
20–29 Jahre	–,265***	–,295***
30–39 Jahre	–,250***	–,357***
40–49 Jahre	–,226***	–,265***
50–59 Jahre	–,126*	–,132**
Soziale Lage		
– Goldthorp-Klassenschema (Dummy, Referenz un-, angelernte Arbeiter)		
Obere Dienstklasse	–,079	–,060
Untere Dienstklasse	–,009	–,142*
Nichtmanuelle Berufe	–,005	–,094

Alte Bundesländer (N = 633) Neue Bundesländer (N = 410)		
Techniker, Facharbeiter,		
Meister	–,045	–,116
Selbständige	–,062	–,160**
Landwirte	–,029	–,034
– Wirtschaftliche Lage		
(1 = sehr schlecht bis		
5 = sehr gut)	–,126*	–,124*
– Subj. Schichtzugehörigkeit		
(1 = Unterschicht/Arbeiter,		
2 = Mittelschicht,		
3 = Obere Mittel-/Oberschicht)	–,056	–,038
Politische Orientierung		
(Selbsteinstufung auf Skala		
links 1 – rechts 10)	–,066	–,062
Geschlecht		
(0 = weiblich/1 = männlich)	–,097*	–,101*
Adj. R ²	–,092	–,189

Quelle: Allbus 2000; eigene Berechnung. Multiple, lineare Regression, Methode enter. In der Tabelle sind die standardisierten Beta-Koeffizienten dargestellt. *p < 0,05; **p < 0,01; ***p < 0,001; Fragetext siehe Tab. 6.

Wie in der öffentlichen Debatte um „Generationengerechtigkeit“ vermutet wird, sind Einstellungen gegenüber der Organisation der Alterssicherung also maßgeblich durch das Alter geprägt. Insgesamt ist aber das Ausmaß an erklärter Varianz mit 9 bzw. 18 Prozent eher gering. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, dass nur wenige zur Erklärung der Akzeptanz der Alterssicherung theoretisch wichtige Variablen zur Erklärung berücksichtigt werden konnten, da sie im Datensatz nicht enthalten sind.

4.3 Diskussion der Ergebnisse

Die klassische, weil in der Forschung zur Akzeptanz sozialer Sicherungssysteme meist verwandte Operationalisierung von Akzeptanz als Zustimmung der Bürger zu Ausgaben für Renten und Pensionen zielt diffus sowohl auf die staatliche Aufgabe Alterssicherung als auch auf die Organisation, durch die diese Aufgabe institutionalisiert ist, die „gesetzliche Rentenversicherung“. Diese Messung dürfte aber dann ungeeignet sein, wenn es wie bei der Debatte um den „Generationenvertrag“ oder „Generationengerechtigkeit“ um die konkrete Organisationsform der Alterssicherung und deren Verteilungseffekte geht. Daher wurden in diesem Beitrag zwei Items aus repräsentativen Bevölkerungsbefragungen gewählt, die zentrale Aspekte des Konstruktes Akzeptanz messen und zudem spezifisch auf die Rentenversicherung

bezogen sind: die erwartete Absicherung im Alter und das Vertrauen in die Rentenversicherung.¹³⁾

Während Analysen der Einstellungen zu den Ausgaben für Renten und Pensionen zu dem Ergebnis kommen, dass in Deutschland keine Altersdifferenzen in den Einstellungen gegenüber der Alterssicherung vorhanden sind, stößt man hingegen auf der Grundlage der Operationalisierungen von Akzeptanz, die konkret auf die Organisation zielen, auf einen relativ starken Einfluss des Alters auf die Einstellungen gegenüber der Rentenversicherung. Die von der Rentenversicherung erzeugte Erwartungssicherheit (in Bezug auf Absicherung im Alter) und das Institutionenvertrauen sind bei Personen jüngerer Alters deutlich niedriger. Aus diesen Unterschieden in den Ergebnissen, die mit verschiedenen Items erzielt werden, lässt sich folgern, dass die Alterssicherung als *staatliche Aufgabe* jenseits von Interessendivergenzen der Altersgruppen recht einhellig akzeptiert ist, während bei der Beurteilung der konkreten organisatorischen Umsetzung Alterseffekte doch maßgeblich eine Rolle spielen. Jüngere Menschen schätzen die Institution Rentenversicherung weniger positiv ein als ältere.

Der mittels multivariater Verfahren eingebrachte Vergleich von Faktoren, die Einstellungen gegenüber der Rentenversicherung beeinflussen, hat das Ergebnis der deutlich vom Alter der Befragten geprägten Akzeptanzurteile nicht widerlegt. Akzeptanzurteile gegenüber der Rentenversicherung hängen also auch bei Kontrolle¹⁴⁾ anderer Einflussfaktoren vom Alter ab. Lediglich in Bezug auf die erwartete Absicherung im Alter ist die soziale Lage (Zugehörigkeit zur Arbeiterschicht) ein ebenfalls sehr bedeutsamer Einflussfaktor. Das Ergebnis, dass Alter die Verteilung von Einstellungen gegenüber der Rentenversicherung statistisch gut erklärt, bedeutet nicht ohne weiteres auch einen „Generationenkonflikt“. Denn dazu gehört ein zweiter Schritt der Wahrnehmung von Konflikten wie dies anhand der Analysen für Westdeutschland sichtbar wurde. Die Daten für Ostdeutschland demonstrieren, dass Konfliktwahrnehmung auch fehlen kann, obwohl die Einstellungen zur Rentenversicherung signifikant mit dem Alter variieren.

Es hängt offensichtlich in hohem Maße von den verwendeten Indikatoren und den damit „gemessenen“ Dimensionen des Komplexes Rentenversicherung ab, ob man einen Generationenkonflikt über die Alterssicherung und die Renten findet oder nicht. Dies unterstreichen die Ergebnisse einer Arbeit, die einen „Generationenkonflikt“ nicht wie dieser Aufsatz auf den Bereich der Alterssicherung/Rentenversicherung bezog, sondern als Dissens unter den Altersgruppen über den *Sozialstaat insgesamt* verstand (vgl. Rinne/Wagner 1995). Entsprechend dieser Festlegung der

¹³⁾ Ein weiterer, für die in diesem Aufsatz behandelte Fragestellung einschlägiger Indikator wäre die Frage nach der Zustimmung zum „Generationenvertrag“, die in zwei repräsentativen Befragungen verwendet wurde (vgl. infas 1996; Ueltzhoeffer 1999: 37). Sie bezieht sich konkret auf jenes Merkmal der Institution, das im Zuge der demographischen Entwicklung hinterfragt wurde: das Umlageverfahren. Dieses steht im Zentrum der Erwägungen über „Generationengerechtigkeit“. Die Daten dieser Studien sind leider bislang nicht verfügbar.

¹⁴⁾ Diese Kontrolle war leider nur in eingeschränktem Maße möglich, da die Datensätze nur wenige zur Erklärung von Einstellungen gegenüber dem Sozialstaat maßgebliche Variablen enthalten.

Dimension, die evtl. von einem Generationenkonflikt betroffen sein könnte, wurde dort die *Zufriedenheit* mit dem *Netz der sozialen Sicherung* (aus dem SOEP) analysiert. Das Ergebnis eines nur geringen Einflusses des Alters auf die Zufriedenheit mit dem Sozialstaat bestätigt unsere methodischen Überlegungen: Es muss reflektiert werden, welche Indikatoren verwendet werden und welche Dimensionen von Sozialstaat diese erfassen. Inhaltlich verweist der dort fehlende Einfluss des Merkmals Alter darauf, dass ein „Generationenkonflikt“ allenfalls spezifische Bereiche innerhalb des Sozialstaates betrifft. Das Netz der sozialen Sicherung enthält demnach Teilbereiche, die auch für Jüngere von Interesse sind und aufgrund der die Zufriedenheit mit dem Sozialstaat insgesamt keine Altersdifferenzen aufweist.

Das Abweichen des hier erzielten Resultats von dem bisheriger Arbeiten zum sozialstaatlichen Generationenverhältnis, wonach in der bundesdeutschen Bevölkerung ein Dissens über die Alterssicherung fehle, lässt sich m. E. mit den jeweils zugrunde gelegten Items begründen. Während deren Analysen auf einem nicht explizit das Rentensystem ansprechenden Item beruhen, wurden in unserer Arbeit konkret auf die Rentenversicherung zielende Items verwendet, die dann einen deutlichen Einfluss des Alters auf die Beurteilung des öffentlichen Generationenverhältnisses ergeben. Es kommt folglich darauf an, welche Dimension des Sozialstaates erfasst wird, wenn man Generationenkonflikte überprüfen möchte. Die Akzeptanzurteile der Bürger beziehen sich auf verschiedene Ebenen und Aspekte der Alterssicherung oder der Rentenversicherung (was auf andere sozialstaatliche Teilsysteme übertragbar ist). Dies bestätigen andere Arbeiten zur Akzeptanz sozialstaatlicher Systeme, die ebenfalls verschiedene Dimensionen in Rechnung stellten. Dort wurde etwa zwischen der Extensität, der Intensität und den (gewollten wie ungewollten) Effekten sozialstaatlicher Systeme unterschieden (vgl. Roller 1992) oder zwischen der Leistungs-, der Vertrauens-, der Finanzierungs- und der Erfolgsdimension des Sozialstaates (vgl. Bacher/Stelzer-Orthofer 1997).¹⁵⁾

Schluss

Der vorliegende Beitrag analysierte die in der Öffentlichkeit geführte Debatte um einen „Generationenkonflikt“ und die Sorge um die Stabilität des Generationenvertrages im Rahmen der Akzeptanz sozialer Sicherungssysteme. Es wurden (a) die Indikatoren, mit denen üblicherweise die Akzeptanz der Rentenversicherung erfasst wird, methodenkritisch diskutiert und (b) reflektiert, ob das Alter tatsächlich empi-

¹⁵⁾ Zur Erläuterung der Begriffe: Während unter der Dimension der Extensität nach Roller die Frage nach der Ausdehnung bzw. der Zuständigkeit des Sozialstaates begriffen wird, soll Intensität die Einstellungen gegenüber der Höhe und Qualität der Leistungen erfassen. Der dritte Aspekt der Folgen und Effekte des Sozialstaates zielt auf gewollte Ergebnisse wie soziale Sicherheit, aber auch auf ungewollte Ergebnisse wie der vermutete geringere Anreiz zur Arbeitsaufnahme oder Mitnahmeeffekte. Bacher und Stelzer-Orthofer (1997) differenzieren etwas anders: Bei der Leistungsdimension geht es darum, ob eine grundsätzliche Verantwortung des Staates zur Regelung eines Bereiches gesehen wird. Die Vertrauensdimension erfasst, ob Bürger bei den staatlichen Akteuren die nötige Macht und Regelungskompetenz sehen. Unter der Kategorie der Finanzierungsdimension geht es um die Bereitschaft zu Beitragszahlung, und die Erfolgsdimension schließlich erfasst die Bewertung der Ergebnisse sozialstaatlicher Systeme.

risch so entscheidend das Ausmaß der Akzeptanz der Bürger gegenüber der Rentenversicherung prägt, wie dies in der Debatte um einen „Generationenkonflikt“ in den Vordergrund gestellt wird. Andere, durch die medienwirksam geführte Debatte verdrängte Faktoren wie etwa die soziale Lage oder die Schichtzugehörigkeit mögen nach wie vor ebenso wichtig oder wichtiger sein als die Interessen von Altersgruppen.

- a) Der klassische Indikator der Messung von Akzeptanz (die Zustimmung zu staatlichen Ausgaben für Renten und Pensionen) ist dann ein eher ungeeigneter Indikator, wenn es – wie bei der öffentlichen Debatte um einen Verlust an Zustimmung zum „Generationenvertrag“ oder zur sozialen Rentenversicherung – um die Institution oder um spezifische Teile wie das „Umlageverfahren“ geht. Denn er zielt sowohl auf Alterssicherung als staatliche Aufgabe (Finanzierung von Renten und Pensionen) als auch auf die Institution Rentenversicherung. Die Tatsache, dass die mit dieser Art der Frageformulierung gewonnenen Daten kaum Altersunterschiede bei Akzeptanzurteilen aufweisen, dürfte nun damit zu erklären sein, dass die Alterssicherung als *staatliche Aufgabe* jenseits von Interessendivergenzen der Altersgruppen einhellig akzeptiert zu sein scheint. Mit den in diesem Beitrag analysierten, spezifischer auf die Rentenversicherung zielenden Indikatoren ließ sich hingegen ein äußerst signifikanter Einfluss des Alters auf Akzeptanzurteile gegenüber der Rentenversicherung nachweisen. Es ist also die konkrete Organisation öffentliche Rentenversicherung, die von Jüngeren deutlich schlechter beurteilt wird. Die divergierenden Ergebnisse zeigen, dass Aussagen über „Generationenkonflikte“ hinsichtlich des Sozialstaates oder der Rentenversicherung sensibler damit umgehen müssten, was eigentlich gemessen wird und die Validität der verwendeten Instrumente reflektieren.

Ausgehend von der Kritik an dem klassischen Item zur Akzeptanzmessung argumentierte dieser Beitrag weiter, dass die Erforschung der Einstellungen und Urteile der Bürger gegenüber der Rentenversicherung (wie auch gegenüber anderen sozialstaatlichen Systemen) stärker mehrdimensional ausgerichtet sein müsste. Denn nicht nur einzelne Systeme werden unterschiedlich beurteilt, sondern auch Bestandteile oder einzelne Organisationsprinzipien und Werte, die hinter diesen stehen. So kann eine Organisation im Lichte ihrer Leistungsfähigkeit für die materielle Sicherung anders als hinsichtlich ihrer sozialen Gerechtigkeit beurteilt werden. Aber auch die Messung von generellen Akzeptanzurteilen wäre weiterzuentwickeln.

- b) Betrachtet man die Debatte um einen Generationenkonflikt mit den analytischen Mitteln der Akzeptanzforschung, dann liegt es nahe zu fragen, ob es neben dem Alter oder der Kohortenzugehörigkeit von Personen, die dort als die zentralen Einflüsse auf die Einstellungen gegenüber der staatlichen Rentenversicherung behandelt werden, weitere wichtige Faktoren gibt, die nach bisherigen Studien eine maßgebliche Rolle für Einstellungen gegenüber dem Sozialstaat spielen, das ist die soziale Lage. Ob Alter oder Kohortenzugehörigkeit im Zuge der Sorge über die Folgen der Alterung der Gesellschaft für die sozialen Siche-

nungssysteme so wichtig geworden ist, dass es heute die zentrale Kraft darstellt, die Einstellungen gegenüber dem Sozialstaat oder dem Rentensystem prägt, wurde hier als empirische Frage behandelt. Im Grunde müssten neben dem Alter und der Schichtzugehörigkeit weitere theoretisch relevante, erklärende Faktoren analysiert werden. Allerdings sind vorhandene Datensätze begrenzt, so dass sich die Bedeutung des Alters nur mit wenigen anderen Faktoren vergleichen lässt. Dabei wurde allerdings deutlich, dass das Alter der Befragten *relativ* bedeutsamste Einflussfaktor dafür ist, ob die Rentenversicherung Akzeptanz erhält oder nicht. Von einem geringen Vertrauen in die Institution und ihre Leistungsfähigkeit kann jedoch nicht auf die *Wahrnehmung* von Konflikten zwischen den Generationen oder zwischen Alt und Jung geschlossen werden. Solch personalisierender Zuschreibungen bedienen sich also eher die Medien als die Bürger.

Es wäre eine die Forschung zur Akzeptanz sozialer Sicherungssysteme und die Generationenforschung weiterführende Perspektive, inwiefern auch die anderen theoretisch skizzierten Einflussfaktoren wie die Deservingness der Zielgruppe und eine bestimmte „Moralökonomie“, Gerechtigkeitsvorstellungen gegenüber sozialstaatlichen Verteilungswirkungen oder „Systemvertrauen“ die Einstellungen gegenüber der Rentenversicherung prägen. Dies würde das Defizit hinsichtlich der Erklärung von Akzeptanz gegenüber einem auch in Zukunft vermutlich weiter umstrittenen sozialen Sicherungssystem beseitigen helfen. Die Einstellungen gegenüber sozialstaatlichen Sicherungssystemen präziser erfassen und vor allem erklären zu können, ist keineswegs bloß von unmittelbar sozialpolitischem Interesse. Vielmehr gehört die Inklusion der meisten Bürger in Systeme der Sozialen Sicherung zu den Realitäten moderner Gesellschaft. Das Erforschen auch von deren Haltungen und Wahrnehmungen gegenüber dem Sozialstaat ist daher Teil der Analyse moderner Vergesellschaftung.

Literatur

- Alber, Jens (1986): Der Wohlfahrtsstaat in der Wirtschaftskrise – Eine Bilanz der Sozialpolitik in der Bundesrepublik seit den frühen siebziger Jahren. Politische Vierteljahresschrift, 27: 28–60.
- Attias-Donfut, Claudine (1995): Renten und Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Zeitschrift für Sozialreform, 41, Heft 11/12: 745–763.
- Attias-Donfut, Claudine/Wolff, Francois C. (2000): Complementarity between Private and Public Transfers. S. 47–68 in Attias-Donfut/Arber (ed.).
- Arber, Sarah/Attias-Donfut, Claudine (ed.) (2000): The Myth of Generational Conflict. The family and state in ageing societies. London, New York: Routledge/ESA Studies.
- Arber, Sarah/Attias-Donfut, Claudine (2000): Equity and solidarity across the generations. S. 1–21 in: Arber/Attias-Donfut (ed.)

- Bacher, Johann/Stelzer-Orthofer, Christine (1997): Das Ende des wohlfahrtsstaatlichen Konsenses? Eine theoretische und empirische Annäherung. Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaften. 16: 165–178.
- Bengston, Vern L./Schütze Yvonne (1992): Altern und Generationenbeziehungen: Aussichten für das kommende Jahrtausend. In: Baltes Paul B./Mittelstraß Jürgen, Zukunft des Alters und gesellschaftliche Entwicklung. Berlin: de Gruyter
- BMA (Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Hg.) (1979): Bürger und Sozialstaat. Bearbeiter: Horst Becker, Walter Ruhland. Bonn.
- BMA (Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Hg.) (1983): Herausforderungen der Sozialpolitik. Maßnahmen zur Absicherung des Systems der sozialen Sicherheit, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Verkürzung der Arbeitszeit im Urteil der Bundesbürger. Bericht von Harald Bielensky/Bernhard v. Rosenblatt/Walter Ruhland. Bonn.
- Cook, Fay L./Barrett, Edith J. (1992): Support for the American Welfare State. The Views of Congress and the Public. New York: Columbia University Press.
- DeMaris, Alfred (1992): Logit Modeling. Practical Applications. Sage University papers series 86. Newbury Park: Sage.
- Gangl, Markus (1997): Ansprüche an den Wohlfahrtsstaat in den alten und neuen Ländern. S. 169–204 in: Müller, Walter (Hg.), Soziale Ungleichheit – Neue Befunde zu Strukturen, Bewusstsein und Politik. Opladen: Leske + Budrich.
- Hinrichs, Karl (1993): Public Pensions and Demographic Change: Generational Equity in the United States and Germany. ZeS-Arbeitspapier Nr. 16/93, Universität Bremen.
- Hinrichs, Karl (1997): Social Insurances and the Culture of Solidarity: The Moral Infrastructure of Interpersonal Redistributions – with Special Reference to the German Health Care System. ZeS-Arbeitspapier Nr. 3/97, Universität Bremen.
- Infas (1996): Umfrage zum gegenseitigen Bild der Generationen. Ergebnisse der repräsentativen Befragung 1996. Herausgeber: Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend. Bonn.
- Kaufmann, Franz-Xaver (1986): Verschärfungen des Generationenproblems. In: Hunold, Gerfried W./Korff Wilhelm (Hg.): Die Welt für morgen: ethische Herausforderungen im Anspruch der Zukunft. München: Kösel, S. 219–228.
- Kaufmann, Franz-Xaver (1993): Generationenbeziehungen und Generationenverhältnisse im Wohlfahrtsstaat. In: Lüscher, Kurt/Schultheis, Franz (Hg.), Generationenbeziehungen in postmodernen Gesellschaften. Konstanz, 95–110.
- Karl, Astrid/Ullrich, Carsten G./Wössner, Ulrike (1998): Akzeptanz und Akzeptabilität wohlfahrtsstaatlicher Institutionen. Überlegungen zur systembedingten Akzeptanz von Leistungssystemen bei Arbeitslosigkeit. Zeitschrift für Soziologie, 27, Heft 6: 454–469.

- Kohli, Martin (1989): Moralökonomie und „Generationenvertrag“. In: *Haller, Max/Nowotny, Hans-Jürgen/Zapf Wolfgang* (Hg.): *Kultur und Gesellschaft*. Frankfurt/New York: Campus, S. 532–554.
- Kohli, Martin (1994): Von Solidarität zu Konflikt. in: *Verheugen, Günter* (Hg.), 60 plus. Die wachsende Macht der Älteren. Köln.
- Kohli, Martin (1999): Private and Public Transfers Between Generations. Linking the Family and the State. In: *European Societies* 1: 81–104.
- Kohli, Martin/Künemund, Harald/Motel, Andreas/Szydlik, Marc (1999): Familiäre Generationenbeziehungen im Wohlfahrtsstaat. Die Bedeutung privater intergenerationaler Hilfeleistungen und Transfers. *WSI-Mitteilungen* 1: 20–25.
- Krüger, Jürgen (1996): Generationensolidarität oder Altenmacht? Was trägt künftig den Generationenvertrag? Zur politischen Soziologie der staatlichen Alterssicherung. *Duisburger Beiträge zur Soziologischen Forschung*, No. 5/1996.
- Leisering, Lutz/Motel, Andreas (1997): Voraussetzungen eines neuen Generationenvertrags. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 42: 1213–24.
- Lepsius, Rainer M. (1979): Soziale Ungleichheit und Klassenstrukturen in der Bundesrepublik Deutschland. In *Wehler, Hans-Ulrich* (Hg.), *Klassen in der europäischen Sozialgeschichte*. Göttingen.
- Mau, Steffen (1998): Zwischen Moralität und Eigeninteresse. Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat in internationaler Perspektive. *Aus Politik und Zeitgeschichte* B34-35: 27–37.
- Offe, Claus (1987): Democracy against the Welfare State? Structural Foundations of Neoconservative Political Opportunities. *Political Theory*, 15: 501–537.
- Petersen, Per Arnt (1995): The Welfare State: The Security Dimension. In *Borre, Ole/Scarborough, Elinor* (Hg.), *The Scope of Government*. Oxford University Press, S. 198–233.
- Pöntinen, Seppo/Uusitalo, Hannu (1986): The Legitimacy of the Welfare State: Social Security Options in Finland 1975–1985. *Suomen Gallup Oy, Report No 15*.
- Preston, Samuel (1984): Children and the Elderly. *Demography* 21: 435–497.
- Roller, Edeltraud (1992): Einstellungen der Bürger zum Wohlfahrtsstaat der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Roller, Edeltraud (1997): Sozialpolitische Orientierungen nach der deutschen Vereinigung. S. 115–146 in: *Gabriel, Oscar* (Hg.), *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland*. Opladen: Leske + Budrich.
- Taylor-Gooby, Peter (1983): Legitimation Deficit, Public Opinion, and the Welfare State. *Sociology*, 17, Nr. 2: 165–184.
- Thomson, David (1990): The Welfare State and Generation Conflict: Winners and Losers. S. 33–56 in: *Johnson, Paul/Conrad, Christoph/Thomson David* (eds.), *Workers versus Pensioners: Intergenerational Justice in an Ageing World*. Manchester University Press.

- Thomson, David (1992): Generations, Justice, and the Future of Collective Action. S. 206–235 in *Laslett, Peter/Fishkin, James S.* (eds.), *Justice between Age Groups and Generations*. Yale University Press: New Haven.
- Ueltzhöffer, Jörg (1999): Generationenkonflikt und Generationenbündnis in der Bürgergesellschaft. Eine erste bundesweite Studie zum Verhältnis der Generationen in der Bürgergesellschaft. *Sozialministerium Baden Württemberg* (Hg.): Stuttgart.
- Ulrich, Carsten G. (1996): Solidarität und Sicherheit. Zur sozialen Akzeptanz der Gesetzlichen Krankenversicherung. *Zeitschrift für Soziologie*, 25: 171–189.
- Ulrich, Carsten G. (1999): Reziprozität und die soziale Akzeptanz des „Sozialversicherungsstaates“. *Soziale Welt*: 7–34.
- Van Oorschot, Wim (2000): Why Pay For Welfare? A Sociological Analysis of Reasons for Welfare. *The Netherlands Journal of Social Sciences*. Vol. 36, No. 1: 15–36.
- Walker, Alan (1993): Intergenerational Relations and Welfare Restructuring: The Social Construction of an Intergenerational Problem. S. 141–165. In: *Bengston, Vern, L./Achenbaum, W.A.* (eds.), *The Changing Contract Across Generations*. New York: Aldine de Gruyter.
- Walker, Alan (1996): Intergenerational Relations and the Provision of Welfare. S. 1–36 In: *Walker, Alan* (ed.), *The New Generational Contract. Intergenerational Relations, Old Age and Welfare*. London: UCL-Press.
- Wilensky, Harold (1975): *The Welfare State and Equality*. Berkeley.